

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 20.11.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine (bis 19:00 Uhr)
Götze, Horst (bis 19:08 Uhr)
Kaufmann, Nils für Helga Grix
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Odinga, Hinrich für Albert Ohling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Lechner, Katja
Marsal, Andrea (bis 19:00 Uhr)

FDP-Fraktion
Eilers, Hillgriet

Beratende Mitglieder
Kandziora, Marianne (bis 19:00 Uhr)
Kröger-Vodde, Erasmus
Wittmaier, Alla

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Stadtrat

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Knochenhauer, Annett
Kromminga, Engelbert
Snakker, Kerstin
Dübbelde, Sven

Protokollführung
Rauch, Agnes

Gast
Ouedraogo, Abdou Integrationsrat
Jegelka, Enno Netzwerk

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 11 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.09.2013 - öffentlicher Teil

Frau L. Meyer stellt heraus, in der letzten Sitzung sei bereits über den Neubürgerempfang diskutiert worden. Heute würde der Tagesordnungspunkt „Neubürgerempfang und Einsetzung eines Integrationsbeauftragten“ erneut auf der Tagesordnung stehen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion sei dieses Thema bereits in der letzten Sitzung über alle Fraktionen so abgeschlossen.

Frau Tempel erklärt, zwar sei der Punkt für die Verwaltung auch abgeschlossen. Da es sich jedoch um eine Fortsetzung der Diskussion aus der letzten Sitzung handele, sei der Tagesordnungspunkt noch einmal so benannt worden.

Frau L. Meyer entgegnet, sie sei anderer Meinung, da „Neubürgerempfang“ und „Einsetzung eines Integrationsbeauftragten“ zwei unterschiedliche Themen seien.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 11 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.09.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Erich Greve, Mitglied des „Arbeitskreises Willkommenskultur in Emden“ unterbreitet das Angebot, dass der „Arbeitskreis Willkommenskultur in Emden“ sich dafür einsetzen wolle, dass Migranten und Migrantinnen in Emden kostenlose Fahrräder oder Fahrräder für einen geringen Preis zeitnah bei der Ankunft in Emden bekommen könnten. Fahrradspenden könnten beim Möbellager der reformierten Kirche, Herrn Mais, in der Gotenstraße abgegeben werden. Fahrradgesuche könnten dort ebenfalls angemeldet werden. Er sei sich sicher, dass der Verein „Das Boot e. V.“ und die Arbeitsgruppe Netzwerk dabei mitwirken könnten.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Frau Johanna Adickes erklärt, sie habe der Presse entnommen, dass der Stadt Emden demnächst wieder neue Flüchtlinge zugewiesen würden und dass es eventuell große Probleme mit der Unterbringung geben würde. Sie fragt an, ob es möglich sei, dass die Stadt Emden wie in früheren Jahren die Wohnungen anmieten könnte, da Eigentümer und Baugesellschaften oftmals ein Problem damit hätten, wenn die Flüchtlinge selber die Wohnungen anmieten sollten.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Delegiertenversammlung des Seniorenbeirats der Stadt Emden
Vorlage: 16/1001

Frau Tempel erläutert die Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kandziora bemerkt, der Seniorenbeirat würde es sehr begrüßen, dass der Kreis der Delegierten größer werde. Dadurch würden mehr Informationen über die Arbeit des Seniorenbeirates durch die Delegierten weitergetragen werden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, das Verzeichnis der in der Altenarbeit tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste, die berechtigt sind, eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Delegiertenversammlung zu entsenden, inklusive der berechtigten Einzeldelegierten um

- die ev.-reformierte Kirchengemeinde Wolthusen und
- die ev.-lutherische Erlösergemeinde

zu erweitern.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 6 Sachstandsbericht der Ehrenamtsinitiative Netzwerk
Vorlage: 16/1002

Frau E. Meyer begrüßt Herrn Enno Jegelka und bittet um seinen Vortrag.

Herr Jegelka stellt sich kurz vor und gibt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation einen ausführlichen Sachstandsbericht der Ehrenamtsinitiative Netzwerk. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kronshagen bemerkt, Herr Jegelka habe vor einiger Zeit in der CDU-Fraktion seine Arbeit vorgestellt. Er könne heute feststellen, dass seine Freude an der Arbeit weiterhin ungebrochen sei.

Frau Eilers möchte die Gelegenheit nutzen und sich bedanken. Dieses sei ein wunderbares Beispiel für gesellschaftliches Engagement auf höchster Ebene. Auch würde es zeigen, dass es

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

nicht immer eine institutionelle Förderung sein müsse, sondern es im Grunde genommen aus dem Gebot der Menschlichkeit komme. Aus diesem Grunde verdiene der Netzwerk jegliche Unterstützung. Anschließend fragt sie an, wie weitere Leute ausgebildet würden, um das Ganze auch für die Zukunft zu stabilisieren.

Herr Jegelka entgegnet, oftmals entstehe ein Schneeballeffekt. Einige Personen, die der Ehrenamtsinitiative Netzwerk angehörten, würden Fortbildungen z. B. zum Ehrenamtslotsen besuchen und dann selber ein Projekt übernehmen. Durch diese Projekte kämen dann wieder neue Personen hinzu, die sich dem Netzwerk anschließen würden. Auch sei es ganz wichtig, dass er sich vertreten lassen könne und ersetzbar sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 7 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, einschl. Schulsozialarbeit in Emden
a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.09.2013
b) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 05.10.2013
Vorlage: 16/1003

Frau Lechner erklärt, in dem Antrag gehe es darum, wie umfangreich das Bildungs- und Teilhabepaket in Emden und speziell auch von den Flüchtlingskindern in Anspruch genommen werde. Auch stelle sich die Frage, ob die Eltern ausreichend darüber informiert seien. Bei der Anfrage würde es um die Schulsozialarbeit und die Mittagverpflegung gehen. Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket würden erhebliche Gelder für das Mittagessen bereitgestellt. Frau Lechner bittet um Auskunft, wie eine Umsetzung in Emden erfolge und ob überschüssige Gelder auch für die Schulsozialarbeit umgesetzt werden könnten.

Frau Tempel führt aus, es handele sich um sehr viele Fragen, deren Beantwortung viel Zeit neben der eigentlichen Arbeit in Anspruch genommen habe. Daher möchte sie sich bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, dass sie es möglich gemacht hätten, den Antrag und die Anfrage heute zu beantworten.

Weiter bemerkt Frau Tempel, bereits im letzten Jahr habe die Verwaltung über das Bildungs- und Teilhabepaket ausführlich berichtet. Daher wäre sie dankbar, wenn man sich darauf verständigen könnte, in welchen Zeitabständen eine Berichterstattung erfolgen sollte.

Frau Knochenhauer gibt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Lechner bedankt sich zunächst für die Ausführlichkeit der Beantwortung. Hinsichtlich der Frage 12 bittet sie um Auskunft, in welchem Umfang Restgelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Jahre 2011/2012 vorhanden seien. Frau Knochenhauer hätte berichtet, dass die vorhandenen Gelder verwendet worden seien, um zusätzlichen Personal- und Sachaufwand auszugleichen. Auch der Deutsche Städtetag würde das unterstützen. Ihr stelle sich nunmehr die Frage, ob dieses auf einer rechtlichen Grundlage basiere.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Frau Knochenhauer entgegnet, grundsätzlich sei für die Jahre 2011 und 2012 festzustellen, dass keine Gelder übrig geblieben seien, da die Stadt Emden eine entsprechende Erstattung bekommen habe, der entsprechende Leistungen gegenüber stehen würden. Bei den zweckgebundenen Leistungen habe sie für das Jahr 2011 dargestellt, dass eine Art Überschuss rein rechnerisch vorhanden sei. Durch Aufwendungen an anderer Stelle seien diese Gelder nicht wirklich vorhanden. Rein technisch sei ein Haushaltsrest gebildet worden, der dazu verwendet werden sollte, zusätzliche Maßnahmen der Schulsozialarbeit zu finanzieren. Das habe sie auch im Juli 2012 so dargestellt. In enger Abstimmung mit dem Fachbereich Jugend, Schule und Sport habe man sich darauf geeinigt, keine Ad-hoc-Maßnahmen zu machen, sodass dieser Haushaltsrest letztendlich dem gesamtstädtischen Haushalt zugutegekommen sei. Für das Jahr 2011 sei keine Spitzabrechnung vorzunehmen gewesen. Die Stadt Emden habe eine pauschale Erstattung in Höhe von 5,4 % bekommen. Für 2012/2013 würde das anders aussehen, da man in 2013 auf jeden Fall in der Spitzabrechnung sei. Für das Jahr 2012 würde dieses noch ausstehen, da der Deutsche Städtetag wegen des erhöhten Verwaltungsaufwandes noch interveniere.

Herr Götze berichtet aus dem Beratungsgremium für Widersprüche. Dort wollte eine junge Migrantin privat Lern- und Sprachunterricht geben. Dieses sei abgelehnt worden, weil private Personen nicht qualifiziert genug seien. Ihm stelle sich nunmehr die Frage, ob es eine Liste über Kooperationspartner geben würde und wer darüber entscheide, ob Sprach- und Lernförderung notwendig sei.

Frau Knochenhauer entgegnet, grundsätzlich könne für jedes Kind der Antrag auf Lernförderung gestellt werden, welches im Leistungsbezug enthalten sei. Ob eine entsprechende Lernförderung notwendig sei, werde von den Eltern, aber auch vielfach von den Schulen gesehen. Dann würde es die Möglichkeit geben, einen Antrag zu stellen. Von der Schule müsse dieses noch einmal bestätigt werden. Wenn Anfragen kommen würden, dass eine Kraft Nachhilfeunterricht im privaten Bereich geben möchte, dann seien bestimmte Dinge erforderlich, damit eine entsprechende Lernförderung erteilt werden könne. Dieses sei in den Informationsblättern auch so dargestellt.

Frau Knochenhauer bemerkt, nicht alle bildungs- und teilhabepaketberechtigten Kinder würden eine Lernförderung benötigen. Sie weist auf ein erleichtertes Formular der Schulen hin, bei dem nur bestätigt werden müsse, in welchem Fach Lernförderung und in welchem Umfang notwendig sei. Die Verwaltung würde auch sehr eng mit den Schulen zusammenarbeiten, sodass sie hier keine Problematik sehen würde.

Herr Götze bittet um Auskunft, ob es eine Liste an den Schulen mit entsprechenden Adressen geben würde.

Frau Knochenhauer erklärt, im Fachbereich werde eine interne Liste mit allen Instituten und Privatpersonen gepflegt, die Lernförderung anbieten würden. Sicherlich könnte man eine entsprechende Liste veröffentlichen, doch diese sei nicht vollständig, da nicht jeder Schüler oder Student in dieser Liste aufgenommen werden könne.

Frau L. Meyer bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die Beantwortung der umfangreichen Fragen. Sie erkundigt sich, ob die Schulen entscheiden würden, dass ein Kind Lernförderung benötige oder ob auch die Eltern mitbestimmen könnten.

Frau Knochenhauer stellt heraus, die Eltern könnten selbstverständlich einen entsprechenden Antrag stellen. Allerdings benötige die Verwaltung für die Antragsbearbeitung eine Bestätigung der Schule, dass ein entsprechender Bedarf vorhanden sei.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Herr Kronshagen hält es für sehr wichtig, dass vereinfachte Formulare verschickt würden, damit die Eltern diese besser verstehen könnten.

Frau Eilers fragt hinsichtlich des Schulbedarfs an, ob dieses ein Verfahren sei, welches gut funktioniere oder ob es hier etwas zu verbessern gäbe.

Weiter weist sie darauf hin, dass es in Emden etliche Kinder geben würde, die nur wenig oder gar kein Deutsch sprechen könnten. Auch würden in den nächsten Monaten noch mehr Kinder hinzukommen. Daher sei ihrer Meinung ein „Notprogramm“ erforderlich, da man hier sehr schnell reagieren müsse. Es würden Leute benötigt, die besonders geschult seien und über entsprechendes Material verfügen würden.

Frau Knochenhauer führt aus, der Schulbedarf werde für diejenigen Kinder bzw. Eltern, die im Leistungsbezug seien, automatisch zum 01.02. bzw. 01.08. eines jeden Jahres ausbezahlt. Dieses sei gesetzlich geregelt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Unterbringung von Asylbewerbern nach dem Aufnahmegesetz;
- Antrag der SPD Fraktion vom 16.09.2013 (Sitzung des VA)
Vorlage: 16/1004

Frau L. Meyer erklärt, die SPD-Fraktion hätte es als wichtig angesehen, dass dieses Thema nicht nur im Verwaltungsausschuss, sondern auch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beraten werde.

Frau Tempel erklärt, im Rahmen einer Sitzung des Verwaltungsausschusses sei die Frage gestellt worden, wie die derzeitige Situation in Emden aussehen würde und wo die zugewiesenen Asylbewerber untergebracht und aus welchen Kulturbereichen sie kommen würden. Sie gibt zunächst einen kurzen Rückblick auf die rechtliche Situation. Die Aufnahme von Asylsuchenden sei im Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes geregelt. Zuständig seien hier die kreisfreien Städte und Landkreise, die die ihnen nach einer bestimmten vom Land festgesetzten Verteilquote zugewiesenen Asylsuchenden unterzubringen hätten. Sie würden dieses im Rahmen des übertragenden Wirkungskreises tun. Die kreisfreien Städte und Landkreise würden dafür auch eine Kostenerstattung des Landes erhalten, die allerdings zurzeit so bemessen sei, dass die für die Unterbringung entstehenden Kosten bei weitem nicht abgedeckt seien.

Weiter führt sie aus, bezeichnend sei auch ein Schreiben der Landesaufnahmestelle, die im Laufe dieses Jahres mitgeteilt habe, dass die aufnahmepflichtige Kommune zum Zuweisungszeitpunkt die Aufnahmefähigkeit sicherzustellen habe. Aufgrund der Vielzahl der Asylantragstellenden und Asylsuchenden seien die Zahlen seit dem letzten Jahr bundesweit sprunghaft angestiegen. Entsprechend seien auch die Verteilquoten angepasst worden, die sich nach der Einwohnerzahl der aufzunehmenden Kommune bzw. auch nach der des aufzunehmenden Landes richten würde. Die Zuweisungen würden recht kurzfristig erfolgen und die Kommune habe dann die Aufnahmefähigkeit sicherzustellen. Die Stadt Emden habe es bisher immer geschafft, auch Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In letzter Zeit sei es jedoch nicht mehr möglich, dass die Asylbewerber selbst Mieter der Wohnungen seien, sodass die Stadt Emden als Mieter aufgetreten sei.

Frau Tempel erinnert daran, dass es in Emden bis zum Jahr 2007 eine zentrale Unterbringungseinrichtung gegeben habe. Alle damals dort lebenden Asylbewerber seien mit einem entsprechenden Betreuungsangebot dezentral untergebracht worden. Diese sozialpädagogische

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Betreuung habe sich bewährt, sodass auch die Unterbringung in dezentrale Stadtteile gesamtgesellschaftliche Akzeptanz gefunden habe. Es sei kaum zu Beschwerden gekommen, da ein Ansprechpartner vorhanden gewesen sei, der in Konfliktsituationen entsprechend vermitteln konnte.

Dass in den Jahren 2007 bis 2012 das Konzept der dezentralen Unterbringung durchgehalten werden konnte, habe sicherlich auch daran gelegen, dass die Antragszahlen damals zurückgegangen seien. Ob das in Zukunft auch noch so zu halten sei, könne sie nicht sagen. Das Konzept würde so aussehen, dass eine dezentrale Unterbringung weiterhin favorisiert werde. Wenn allerdings die zahlenmäßige Zuweisung weiterhin steige, so müsse man auch vorbereitet sein. Im Moment würden Überlegungen angestellt, ob möglicherweise städtische Gebäude umgerüstet werden könnten, um dort zumindest eine Erstaufnahmeeinrichtung zu installieren. Wenn eine solche Einrichtung hier betrieben würde, wäre es auch dort möglich, den Personen bestimmte Dinge wie z. B. Sprachunterricht vermitteln zu können. Diese Erstaufnahmeeinrichtung könne sicherlich keine Dauerunterbringung sein, sondern man würde je nach entsprechender Förderung weiterhin versuchen, den Aufenthalt in der Aufnahmeeinrichtung zu beenden, um eine dezentrale Unterbringung vorzunehmen. Voraussetzung sei, dass entsprechender Wohnraum zur Verfügung stehen würde.

Frau Tempel weist darauf hin, dass die Bestände, die an freien Wohnraum vorhanden gewesen seien, derzeit so gut wie belegt seien. Daher sei die Verwaltung für jeden Hinweis dankbar, wo freier Wohnraum angemietet werden könne. Alternativen seien im Moment ausschließlich Pensionen, Hotels oder Ferienwohnungen, was natürlich zu erhöhten Kosten führen würde. Da dieses nicht im Sinne der Verwaltung sei, werde eher eine Erstaufnahmeeinrichtung favorisiert, sodass nach Festigung des Aufenthaltes anschließend eine dezentrale Unterbringung umgesetzt werden könne. Ihrer Ansicht nach sei eine entsprechende Konzeption wünschenswert. Frau Tempel weist darauf hin, dass derzeit 1,5 Stellen für den Arbeitsbereich Flüchtlinge bewilligt seien. Die Stelleninhaber seien hauptsächlich damit beschäftigt, bei den Zugewanderten die Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Essen und Trinken sicherzustellen. Für andere Dinge würden die personellen Ressourcen fehlen, um tatsächlich auch gemeinsam mit dem Fachbereich Jugend, Schule und Sport zu überlegen, wie insbesondere auch die Kinder unterstützt werden könnten. Oftmals sei es sehr problematisch, da immer mehr Kinder in den Schulen über gar keine Deutschkenntnisse verfügen würden. Hier wolle man auch mit den Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gerne unterstützen und helfen. Dazu würde jedoch eine entsprechende Konzeption erarbeitet werden müssen. Dieses sei mit dem vorhandenen Personal im Moment nicht möglich.

Frau Tempel erläutert dann anhand einer Liste die derzeitige Unterbringungssituation. Diese Liste ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Bamminger erklärt, sie könne sich sehr mit dem Vorschlag aus der Einwohnerfragestunde anfreunden, dass die Stadt Emden die Wohnungen anmieten würde. Weiter fragt sie an, wie der Weg der Flüchtlinge von der Ankunft in Emden bis zur Wohnung sei.

Frau Tempel erläutert, grundsätzlich würden die Wohnungen von der Stadt Emden angemietet. Jede Wohnung würde zunächst von einem Mitarbeiter aus ihrem Fachbereich besichtigt. Auch werde ein Übernahmeprotokoll gefertigt. Zum Zeitpunkt der Ankunft der Asylbewerber würden zunächst die Anträge aufgenommen, damit diese ihre Leistungen erhalten. Der Mitarbeiter der AAFöG stehe den Asylbewerbern voll und ganz zur Verfügung und gehe mit ihnen zur Ausländerbehörde und letztendlich auch in die ausgestattete Wohnung und erläutere im Wesentlichen die Dinge, die zu machen seien. Wenn schulpflichtige Kinder da seien, würde auch die Anmeldung zur Schule erfolgen, sodass der Schulbesuch sichergestellt werde.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Die Frage von **Frau Bamminger**, ob die Stundenzahl von Herrn Feeken erhöht werde, wird von **Frau Tempel** bejaht.

Frau Eilers bemerkt, es sei angedeutet worden, dass das Land die Aufenthaltsdauer in den Ersteinrichtungen des Landes verkürzt habe. Sie bittet um Auskunft, wie sich die jetzige Aufenthaltsdauer von der früheren unterscheiden würde und wie das so gehandhabt werde. Sie würde einem Konzept ausdrücklich zustimmen, denn man dürfe nicht vergessen, dass man es oftmals mit traumatisierten Menschen zu tun habe, die neben Mitgefühl auch professionelle Hilfe benötigten. Insofern sei es wichtig zu wissen, ob das Konzept beauftragt werden müsse oder ob die Verwaltung dieses ohnehin in Angriff nehme.

Bezüglich des konkreten Vorschlages in der Einwohnerfragestunde von Herrn Greve zu den Fahrrädern erklärt Frau Eilers, diesen kleinen Beitrag würde sie sehr begrüßen. Es handele sich hier um ein Entgegenkommen, auf das man auf keinen Fall verzichten sollte.

Herr Kromminga berichtet von einer Tagung, bei der auch Vertreter vom Land Niedersachsen anwesend gewesen seien und zu diesem Thema einen Bericht gegeben hätten. Das Land habe jetzt noch drei Aufnahmeeinrichtungen mit jeweils 500 Plätzen. Die Einrichtungen würden aufgrund der hohen Anzahl von Flüchtlingen nunmehr aus allen Nähten platzen. Bisher sei es so gewesen, dass die Leute ein Asylverfahren erst einmal durchlaufen hätten. Dort sei geprüft worden, ob überhaupt ein Anspruch bestehe. Somit seien die Personen etwa sechs bis acht Wochen in den Aufnahmeeinrichtungen gewesen. Dort sei bereits eine erste Integration vorgenommen und Sprachkurse durchgeführt worden. Dieses würde jetzt aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen entfallen. Die Leute würden nur noch registriert und dann ungeprüft den Kommunen zugewiesen.

Herr Graf bezieht sich auf die von Frau Tempel vorgestellte Liste. Seiner Meinung nach sei es für die Asylbewerber z. B. in Wybelsum schwierig, Besorgungen zu erledigen oder am aktiven Leben teilzunehmen. Er fragt an, ob es eine Regelung geben würde, damit diese Menschen kostengünstig oder sogar kostenfrei ins Stadtzentrum kämen.

Herr Kromminga entgegnet, zum einen sei die Verwaltung für jede Wohnung dankbar, die sie überhaupt bekommen könne. Andererseits müssten auch die anderen Leute, die über kein Auto verfügen würden, Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen. Er würde dieses nicht als Problem ansehen, was behoben werden müsse.

Herr Odinga bezieht sich auf den großen Leerstand an Wohnungen in Emden und fragt an, ob dieser immer noch vorhanden sei. Er schlägt vor, auch im ehemaligen Zollgebäude Personen unterzubringen und bittet um Prüfung.

Herr Kromminga führt aus, der große Leerstand würde zum Teil noch bestehen. Zu einem großen Teil seien aber die Wohnungsbaugesellschaften nicht bereit, an Flüchtlinge oder an die Stadt Emden zu vermieten.

Frau Kandziora fragt an, ob es für die Flüchtlinge eine Alltagsbegleitung geben würde, damit sie sich in der Gemeinschaft zurechtfinden könnten.

Herr Kromminga bemerkt, alle neu zugewiesenen Flüchtlinge würden von dem Mitarbeiter der Aafög am Bahnhof in Empfang genommen und zu ihren Wohnungen gebracht. Auch würde er ihnen die nächsten Einkaufsmöglichkeiten und die nähere Infrastruktur zeigen. Darüber hinaus gäbe es die sogenannten Integrationslotsen. Alle neu ankommenden Personen würden darauf hingewiesen, dass sie die Hilfe der Integrationslotsen in Anspruch nehmen könnten. Wenn sie

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

dieses möchten, werde über Frau Imamovic der entsprechende Integrationslotse kontaktiert, der sich dann mit den Personen in Verbindung setze.

Frau Eilers beantragt die Erstellung eines Konzeptes. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, welche Vorteile und welche Nachteile eine Ersteinrichtung in Emden hätte, insbesondere für Kinder und Menschen, die der Sprache nicht mächtig seien.

Frau E. Meyer lässt über den Antrag von Frau Eilers abstimmen und stellt fest, dass der Ausschuss einstimmig den Beschluss gefasst habe, dass der Verwaltung der Auftrag für die Erstellung eines Konzeptes erteilt werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Neubürgerempfang und der Einsetzung eines Integrationsbeauftragten;
- Antrag der SPD und FDP-Fraktion vom 20.08.2013
Vorlage: 16/1005

Frau Tempel erinnert an die Diskussion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Dort habe man vereinbart, dass der Vorschlag zum Neubürgerempfang noch einmal in der Haushaltsstrukturkommission beraten werden solle.

Hinsichtlich der Einrichtung einer Stelle eines Integrationsbeauftragten führt Frau Tempel aus, in ihrer Stellungnahme habe sie bereits darauf hingewiesen, dass nach Auffassung der Verwaltung die hier vorhandenen Strukturen zum Thema Integration gut seien. Neben dem Integrationsrat, der auch als Beratungsgremium dem Rat zugeordnet sei, würde es die Migrationsberatungsstelle der AWO geben, die auch Beratungen für alle Migranten und Ausländer vornehmen würde. Zudem gäbe es ein gutes Netzwerk, welches sich regelmäßig auch unter Einbeziehung der Ausländerbehörde treffe. Seit Anfang des Jahres würde es im Rahmen eines Modellprojektes eine Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe geben. Dieses Projekt des Landes werde auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. Diese Koordinierungsstelle sei derzeit mit Frau Schulte und mit Frau Imamovic besetzt. Von daher sei die Stadt Emden im Bereich der Integrationsarbeit gut aufgestellt. Auch habe der Rat den Rahmenplan Integration verabschiedet und die Koordinierungsstelle sei bemüht, die mit dem Rahmenplan beschlossenen Maßnahmen und Aufgaben sukzessive umzusetzen. Auch sei sie dabei, mindestens jährlich zwei Projekte zum Thema Integration durchzuführen. Frau Tempel gibt zu bedenken, dass Integration kein einseitiger Prozess sei, für den ausschließlich die Kommune zuständig sei. Es handele sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema und sei ein Prozess auf Gegenseitigkeit. Neben Angeboten, die die Kommune vorhalten könne, würde es sicherlich auch Dinge geben, die die Migranten mit einbringen könnten, um ihre Integration weiter zu fördern.

Abschließend weist Frau Tempel darauf hin, dass in der letzten Sitzung verabredet worden sei, Herrn Ouedraogo die Gelegenheit zu geben, hier vorzutragen, aus welchem Grunde aus seiner Sicht die Einrichtung einer Stelle für einen Integrationsbeauftragten sinnvoll und richtig wäre.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales dieses Thema vorzustellen und die Position des Integrationsrates zu vertreten. Zunächst wolle er kurz auf den Vortrag von Frau Tempel eingehen.

Er führt aus, es freue ihn, dass die Stadt Emden für die Verteilung der Neuankömmlinge ein Konzept entwickeln wolle und dass sich die Maßnahme, Asylbewerber im dezentralen Bereich unterzubringen, ausgezahlt habe. Obwohl die Integrationsprozesse bei den einzelnen Personen eingesetzt hätten, würde bei ihm der Gedanke an die Einrichtung an eine Erstaufnahmestelle

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2013

Alarm schlagen. Aus diesem Grunde würde er den Ansatz von Frau Eilers begrüßen, ein Konzept erstellen zu lassen.

Herr Ouedraogo erläutert dann die Weiterentwicklung der Arbeit des Integrationsrates. Seine Ausarbeitung ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer stellt heraus, Herr Ouedraogo spreche einerseits von einem hauptamtlichen Integrationsbeauftragten, andererseits aber auch von einer Berufung. Da ein Ehrenamtlicher berufen werde, fragt sie an, ob es sich nunmehr um einen ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Mitarbeiter der Stadt Emden handele.

Herr Ouedraogo ist der Ansicht, dass Berufung auch mit Mitteln ausgestattet werden könne, damit die Arbeit richtig durchgeführt werden könne. Wie das gemacht werden solle, sei noch offen.

Frau L. Meyer erklärt, die SPD-Fraktion würde einen Integrationsbeauftragten begrüßen. Nach den Ausführungen von Herrn Ouedraogo müsse man sich aber noch weiter mit dem Thema beschäftigen.

Herr Jahnke führt aus, natürlich würde es Kriterien geben, wenn eine halbe Stelle installiert werden solle. Er weist darauf hin, dass dieses bisher kein Beratungsgegenstand der Strukturkommission gewesen sei. Aus diesem Grunde begrüße er den Vorschlag aus dem Ausschuss, ein Konzept zu erstellen. Auch dieses Thema könnte vielleicht in dieses Konzept einfließen, um somit dann zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Hinsichtlich der Ausführung von Herrn Ouedraogo, dass Voraussetzung für diese Stelle eine Mitgliedschaft im Integrationsrat von mindestens einer Wahlperiode sein solle, bemerkt Herr Jahnke, man dürfe die Stellenbesetzung nicht an eine Mitgliedschaft im Integrationsrat koppeln.

Frau Eilers erklärt, sie stehe dem Vorschlag des Integrationsrates aus den von Frau Tempel genannten Gründen etwas skeptisch gegenüber. In Emden sei man sehr gut aufgestellt und es gäbe kaum eine andere Stadt, die diese Strukturen so aufgebaut habe. Dieses sei sicherlich auch dem Vorsitzenden des Niedersächsischen Integrationsrates zu verdanken. Ihrer Ansicht sollte der Apparat nicht weiter ausgebaut werden, da sich durch Doppelstrukturen die Sache auch verlangsamen könne.

Weiter führt sie auch, sie würde es begrüßen, wenn man die dafür aufgewendeten Mittel eher in konkrete und praktische Hilfen stecken würde und sie dann mit einem Rahmenplan oder einem Konzept verbunden würden. Ihres Erachtens führe dieses eher zum Ziel, daher sollte man in dieser Richtung weiterarbeiten. Dennoch sollte man das Anliegen des Integrationsrates, die Themen prägnanter zu platzieren, aufnehmen.

Herr Odinga regt an, dass die bereits schon längere Zeit in Emden befindlichen Migranten sich mit den Neuankömmlingen in Verbindung setzen würden, um ihre Erfahrungen weitergeben zu können.

Frau Tempel entgegnet, diese Anregung würde sie gerne aufnehmen. Jedoch sei dieses immer abhängig von der Einwilligung des betroffenen zugewanderten Asylbewerbers. Sie verweist in dem Zusammenhang auf das Projekt der Integrationslotsen, welches ähnlich laufe. Auch hier werde Unterstützung, Rat und Hilfe angeboten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 20.11.2013**

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Frau L. Meyer bittet um Auskunft, wie mit der Wortmeldung des Herrn Greve aus der Einwohnerfragestunde hinsichtlich der Fahrräder umgegangen werde.

Frau Tempel entgegnet, sie würde dieses als ein Angebot ansehen, welches angenommen werden könnte. Bezüglich der Umsetzung würde sie sich gerne noch einmal mit Herrn Greve verabreden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.